

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulrich Steinbach und Andreas Hartenfels (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

Ausgaben des Landes für die Landesgartenschau Landau

Die **Kleine Anfrage** 1771 vom 12. Juli 2013 hat folgenden Wortlaut:

Im Jahr 2014 findet in Landau die nächste Landesgartenschau in Rheinland-Pfalz statt. Der Landesrechnungshof hat für die abgeschlossenen Gartenschauen in Trier und Bingen und für die kommende Gartenschau in Landau eine Prüfung vorgenommen. Die Prüfungsergebnisse und Empfehlungen sind Gegenstand einer öffentlichen Debatte und auch der Rechnungsprüfungskommission. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. In welcher Höhe hat das Land bisher Ausgaben für die Landesgartenschau in Landau getätigt?
2. Welche Ausgaben sind für das Land für die Landesgartenschau in Landau geplant, vorgesehen oder ermächtigt?
3. Aus welchen Einzelplänen, Kapiteln und Titeln wurden die Zahlungen geleistet oder sind die Zahlungen vorgesehen?
4. Welcher Aufwand entstand für das Land für Planung, Konzeption, Beratung und Unterstützung für die Landesgartenschau in Landau?
5. Bis wann plant die Landesregierung die Vorlage eines Konzepts zur inhaltlichen Ausgestaltung und Durchführung von Landesgartenschauen?
6. Welche Leitlinien verfolgt die Landesregierung bei der Erstellung des Konzepts?

Das **Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 5. August 2013 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Für die Landesgartenschau Landau hat das Land bis zum Stichtag 18. Juli 2013 Ausgaben in Höhe von 10 684 343 EUR geleistet.

Zu Frage 2:

Für die Landesgartenschau sind nach den Beschlüssen des Ministerrates auf der Grundlage der geltenden Fördervorschriften Zuwendungen bis zur Höhe von 27 Mio. EUR geplant.

Es sind Zuwendungen vorgesehen für Investitionen in den Bereichen Grünmaßnahmen, Städtebauliche Entwicklung, Verkehrsinfrastruktur, Sportanlagen und Wohnumfeldmaßnahmen im Rahmen der in den einzelnen Haushaltsjahren veranschlagten Mittel, ggf. unter Inanspruchnahme der haushaltrechtlich zulässigen Instrumente.

b. w.

Zu Frage 3:

Zahlungen wurden aus folgenden Haushaltsstellen geleistet bzw. sind vorgesehen:

Einzelplan	Kapitel	Titel	geleistet/vorgesehen
03	03 02	883 31	vorgesehen
03	03 21	883 02	Zahlungen geleistet und vorgesehen
03	03 21	883 03	Zahlungen geleistet und vorgesehen
03	03 21	883 04	Zahlungen geleistet und vorgesehen
08	08 22	633 05	Zahlungen geleistet
12	12 75	893 01	Zahlungen geleistet und vorgesehen
14	14 02	883 52	Zahlungen geleistet und vorgesehen
20	20 06	883 08	Zahlungen geleistet und vorgesehen
20	20 06	883 15	Zahlungen geleistet und vorgesehen
20	20 75	883 15	Zahlungen geleistet

Zu Frage 4:

Das Land hat der Stadt Landau nach Erhalt des Zuschlags für eine Landesgartenschau zur Durchführung eines Planungs- und Realisierungswettbewerbes (Architektenwettbewerb) im Rahmen des Gesamtbudgets 148 800 EUR bewilligt.

Die Projektgesellschaft Landesgartenschauen Rheinland-Pfalz mbH hat sowohl für Leistungen im Rahmen des Bewerbungsverfahrens zur Landesgartenschau 2014 als auch für die Beratung und Unterstützung der Stadt Landau bzw. der Landesgartenschau gGmbH keine finanzielle Förderung vom Land Rheinland-Pfalz erhalten.

Zu den Fragen 5 und 6:

Die bisherigen Landesgartenschauen in Rheinland-Pfalz haben durch die Verknüpfung von landschafts- und naturschutzfachlichen mit städtebaulichen und infrastrukturellen Aufgabenstellungen einen substanziellen Impuls für eine nachhaltige Entwicklung in den Ausrichterstädten geleistet. Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten wird dem Ministerrat im Herbst 2013 einen Vorschlag zur zukünftigen Durchführung von Landesgartenschauen zur Beschlussfassung vorlegen. Neben Überlegungen zur grundsätzlichen Zielsetzung des Instruments Landesgartenschau, zum Ausrichtungsturnus und zur thematischen Ausrichtung sollen in die Leitlinien auch die Anregungen des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz einfließen.

In Vertretung:
Dr. Thomas Griese
Staatssekretär